

INVA KUHN/KORAY YILMAZ-GÜNAY

«REFUGEES WELCOME»

ZUR SYSTEMATISIERUNG DER ERFAHRUNGEN DES WORKSHOP-ANGEBOTS ZU FLUCHT, ASYL UND WILLKOMMENSKULTUR IN DER KOMMUNE

Zweifelsohne gehören Asyl und Flucht zu den umstrittensten Themen der letzten Jahre. Egal ob es um «alarmierende Asylantragszahlen» oder den «Ansturm von Armutsflüchtlingen» nach Deutschland geht, ausgelöst werden damit an vielen Orten rassistische Debatten und Praktiken, die an die «Asyldebatte» zu Beginn der 1990er Jahre erinnern. «Besorgte Bürger» füllen Straßen und Plätze – zum Teil Hand in Hand mit Neonazis und anderen Vertreter/-innen offen rechter und populistischer Ideologien –, machen mobil und hetzen gegen den Einzug von Asylsuchenden und Geduldeten in ihre Kommunen. Politiker/-innen heizen die Debatte, und wieder geht es nicht um die grausame Dimension von Rassismus, sondern um deutsche Befindlichkeiten. Der Alltagsdiskurs ist mit rassistischen Bildern, Codes und Sprechweisen überladen. Es wird diskutiert, wie man sich vor dem «Ansturm von Balkanflüchtlingen» retten und den eigenen Wohlstand sichern kann. Mit Blick auf die PEGIDA-Aufmärsche in Sachsen erklärte der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich: «Ich glaube, dass wir in der Vergangenheit mit der Frage nach der Identität unseres Volkes und unserer Nation zu leichtfertig umgegangen sind. Auch andere Politiker/-innen äußerten Verständnis für derlei Bündniskonstellationen und biederten sich ihnen an wie der aktuelle Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU): «Unter denjenigen, die da teilnehmen, gibt es doch ganz schön viele, die bringen ihre Sorgen zum Ausdruck vor den Herausforderungen unserer Zeit». Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) – der in Freital und Heidenau auf ganzer Linie versagte - warnte vor einer Stigmatisierung der Anhänger der Bewegung und sprach sich für Dialog aus.

Dieser dynamische Prozess, der vielerorts als Zusammenspiel von Medien, Politik, Verwaltung und rechten sowie populistischen Akteuren betrachtet werden kann, entsteht nicht im politischen Vakuum, sondern ist in einer Reihe rassistischer Kontinuitäten zu begreifen, der seinen Ursprung spätestens in der sogenannten Asyldebatte der 1980er Jahre nahm. Insbesondere nach dem Mauerfall und der sogenannten Wiedervereinigung verging kein Tag ohne rassistische Übergriffe oder Anschläge auf Menschen, die nicht als Teil dieser Gesellschaft verstanden wurden. Unvergessen bleiben die Pogrome in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mannheim-Schönau, die Brandanschläge in Mölln und Solingen sowie unzählige weitere Ausschreitungen, Exzesse und Attacken, die die «deutschen Zustände», so lautete ein Chiffre der Kritiker/-innen, definieren, und in der Summe ein ungeheures Bild vom rassistisch geprägten Alltag im «wiedervereinten» Deutschland präsentieren. Umso hässlicher die aktuellen O-Töne von politischer Seite, welche die sogenannte «Leitkulturdebatte» reaktivieren, von plötzlichen Ängsten «besorgter Bürger» jammern und damit die unwürdige Situation für viele Fluchtsuchende weiterhin politisch aufladen und somit neonazistischem Terror Tür und Tor öffnen. Warum das Thema «Asyl» mindestens seit 2011 wieder Konjunktur hat und hochpolitisch diskutiert wird – von der europäischen bis zur kommunalen Ebene – lässt sich anhand unterschiedlicher Faktoren erklären. Einer und gleichwohl der wichtigste davon heißt Rassismus. Darüber zu diskutieren warum Asylsuchende zur Projektionsfläche für gesellschaftliche Krisen herhalten müssen, ist die dringende Voraussetzung, wollen wir etwas daran ändern.

Über Nazis, ganz normale Rassisten und die Frage nach dem „Deutsch-Sein“

In der Auseinandersetzung mit neonazistischen und populistischen Protesten im Zuge der Eröffnung von Lagern (Sammel- bzw. Gemeinschaftsunterkünfte) spielt die Gruppe der neuen Bewohner/-innen, der Geflüchteten, eine entscheidende Rolle. Eine Seminarteilnehmerin fragte zu Recht, warum es solche Proteste nicht beim vermehrten Einzug von «deutschen» Studierenden gibt, wenn diese am Semesteranfang ein ganzes Haus beziehen? So rhetorisch diese Frage auch klingt, sie veranschaulicht, warum wir u.a. eine bundesweite Seminarreihe zum Thema Flucht und Rassismus für Multiplikator/-innen, Kommunalpolitiker/-innen und politisch Interessierte entwickelt haben. Laut der Langzeitstudie zu

Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stimmt fast die Hälfte der Menschen der Aussage zu: «Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrer Heimat verfolgt zu werden.» Wenn eine Auseinandersetzung mit Rassismus stattfindet, – was in der Bundesrepublik nicht einfach ist – dann fällt auf, dass Rassismus und rassistische Gewalt von der herrschenden Politik und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen entkoppelt und in die Verantwortung von historischen Nazis, der NS-Ideologie oder aber der heutigen extremen Rechten verwiesen wird. Gut verborgen bleiben dabei die Geschichte, die Kontinuitäten sowie Aktualität und politische Tragweite des alltäglichen deutschen Rassismus. Übrig bleiben individualisierende Feindlichkeitskonzepte, die Rassismus keineswegs als ein gesamtgesellschaftliches Problem operationalisieren. Doch wie lassen sich die Ergebnisse dieser Studie dann erklären? Augenscheinlich hat doch fast die Hälfte der Bevölkerung zumindest latent negativste Einstellungen zu Asylsuchenden und Geduldeten. Das zeigt auch, dass menschenverachtende Vorurteile und ihre Praxis nicht nur Teil extrem rechter Ideologien, sondern auch gesellschaftlich spektrenübergreifend verortet sind. Deshalb ist Rassismus kein Randphänomen, sondern er zieht sich durch die gesamte Gesellschaft in deren Mitte er tief verwurzelt ist. Über Rassismus zu sprechen, erfordert daher eine Auseinandersetzung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, denn rassistische Bilder und Einstellungen sind in allen sozialen Bevölkerungsstrukturen vorzufinden. Die Argumentationsstrategien variieren deshalb von Ort zu Ort und Gegend zu Gegend: Mal werden Geflüchtete als Mitverursacher sozialer Ungleichheiten dargestellt, mal werden sie als «unproduktiv» wahrgenommen. Oftmals als eine Bedrohung dargestellt. Nicht selten werden sie als «Sündenböcke» für die sozialen Missstände gemacht. Dort, wo rassistische Proteste entstehen, findet eine Überlappung vieler Thematiken statt, die anhand der «Flüchtlingsfrage» operiert wird: «Warum kümmern sich alle um die Asylbewerber, aber keiner kümmert sich um uns? Warum bekommen sie mehr Geld als wir? Wenn hier eine Asylbewerberunterkunft entsteht, dann verlieren unsere Grundstücke an Wert». Nur selten geht es bei diesen Konflikten ausschließlich um sogenannte Flüchtlinge. Deshalb müssen flucht- und asylspezifische Themen als Querschnittsthemen betrachtet werden und können nur gebündelt sinnvoll thematisiert werden.

Dafür lohnt es sich einen Einblick in die Funktionsweisen von Rassismus zu werfen, wie rassistische Mechanismen funktionieren und warum er weitreichende Verschränkungen in fast allen Lebensbereichen hat. Die Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe wird definiert durch ein Repertoire von Vorurteilen und Mechanismen, die einander gegenüberstehende Gruppen konstruieren, nach denen die «richtige Zugehörigkeit» oder «Nichtzugehörigkeit» ausgehandelt und in Hierarchie zu einander sortiert werden. Der Begriff «Deutsch-Sein» enthält zwei Bedeutungen: Er bezeichnet juristisch, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, und gleichzeitig beschreibt er Vorstellungen über die ethnische Zugehörigkeit – wer als «deutscher Volkszugehöriger» angesehen wird und wer nicht. Darunter fallen Begriffe wie «Deutsche ohne Migrationshintergrund», «Biodeutsche» oder «Deutsche im Sinn des Grundgesetzes», auch wenn sie im Ausland leben, keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ihr «Deutsch-Seins» aber aufgrund ihrer Namensgebung oder oftmals kirchlichen Dokumenten nachweisen können. Im Jahr 2005 trat das Zuwanderungsgesetz (ZuwG 2005) in Kraft, das einerseits als politischer Wendepunkt betrachtet werden kann: Zum ersten Mal nach jahrzehntelanger Migrationsgeschichte findet die Bundesrepublik heraus, dass Migration Teil deutscher Geschichte ist. Zum ersten Mal wird die alltägliche Realität und Dimension von Migration in den Kommunen, Ländern und im Bund symbolisch anerkannt. Andererseits aber dient als Grundlage für dieses Gesetz nicht das Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 2000, indem der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit um Elemente des Territorialrechts ergänzt wurde (Staatsangehörigkeit nach Geburtsort). Das ZuwG beschreibt in §6, der nach «Volkszugehörigkeit» argumentiert, wer «deutsch» ist und wer nicht. Zentral geht es hier um die Stellung der deutschen Flüchtlinge, der Früh- und Spätaussiedler/-innen – und weniger um andere hier Schutz Suchende oder lebende Migrant/-innen.

Auf dem Papier «deutsch» sein bedeutet aber oftmals ohnehin nicht viel, denn die Ungleichbehandlung von Menschen auf institutioneller und struktureller Ebene verdeutlicht die fragwürdige Definition der Begriffe selbst. Die alltägliche Praxis des «Racial Profiling» deutscher Polizei- und Sicherheitsbehörden im Umgang mit Menschen, die entweder nicht die «passende» Haut- und Haarfarbe haben oder anders stigmatisiert werden, schaut nicht nach dem «richtigen Pass», sondern operiert anhand körperlicher Merkmale, der Kleidung, eines Akzents oder anderer Eigenschaften. Dauerhafte Überwachung, Kontrollen und Schikanen von (Bundes-) Polizei oder Ordnungsamt sind für manche eine Selbstverständlichkeit und werden als solche begriffen. Eine Frau mit Kopftuch hat wesentlich schlechtere Chancen, einen Job vermittelt zu bekommen, als eine, die keines trägt. Auch die Bildungssituation der deutschen Sinti und Roma verdeutlicht das strukturelle und institutionelle Versagen. Deshalb muss Rassismus als Ideologie

verstanden werden, die Funktionen erfüllt – und auch dann funktional ist, wenn niemand von Neonazis zusammengeschlagen wird.

Über Rassismus zu sprechen, erfordert kritisches Hinterfragen bestehender Stereotype in Bezug auf bestimmte Personengruppen, die damit verbundenen Zuschreibungen und ihre hierarchische Sortierung in «gut und schlecht», «nützlich und unnützlich», «tolerant und rückständig». Über Rassismus zu sprechen, bedeutet auch, bestehende Machtstrukturen in der Gesellschaft zu benennen und reflektieren. Denn Institutionen (Sozialamt, Kulturvereine, Arbeitsagenturen) und Strukturen (Bildungswesen, Arbeitsmarkt) gestalten das gesellschaftliche Leben (mit) und bestimmen somit, wem der Zugang zu unterschiedlichen sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen gewährt wird. Das Nachrangigkeitsprinzip für Nicht-EU-Ausländer/-innen bestimmt, wer zuerst und wer zuletzt einer Arbeit nachgehen darf. Die Frage nach einer interkulturellen Öffnung (IKÖ) der Behörden zeigt eindringlich den Umgang mit der heraufbeschworenen «Parallelgesellschaft», die in aller Munde ist, obwohl gleichzeitig kulturelle, religiöse und ethnische Diversität in den Institutionen kaum zugelassen werden. Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, das Thema «Rassismus» klar zu benennen und sich als linkspolitisch verorteter Mensch dieses Problem anzugehen, egal ob es um die Eröffnung einer Moschee oder um eine neue Sammelunterkunft für Asylsuchende und Geduldete in der Nachbarschaft geht. Denn die alltägliche Dimension des Rassismus, der unsere Gesellschaft strukturiert, kann nur durch rassismuskritische Alltagskultur gestört werden, indem das Selbstverständliche, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägte Normalität in Frage gestellt wird. Verantwortung dafür tragen wir alle.

Perspektiven politischer Bildungsarbeit gemeinsam entwickeln. Zur Gliederung des Seminars.

Die Idee zu dieser Seminarreihe entstand innerhalb des Gesprächskreises Migration der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dies ist ein bundesweiter Arbeitskreis von Multiplikator/-innen, die mit unterschiedlichen Ansätzen praxisbezogen zu migrationspolitischen Schwerpunkten arbeiten. In enger Kooperation mit dem Referat für Kommunalpolitische Bildung und der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte ein breites Angebot bundesweit ermöglicht und realisiert werden. Hintergrund der Auseinandersetzung in diesem Kreis war die alarmierende Zahl der rassistischen und neonazistischen Angriffe und Anschläge im Zuge der Neueröffnung von Sammelunterkünften in der gesamten Bundesrepublik im Jahr 2011 und 2012. Da die Organisierung und Planung von Unterkünften eine kommunalpolitische Angelegenheit ist und im Jahr 2014 in elf Bundesländern Kommunalwahlen stattfanden, bot es sich für uns an, neu- oder wiedergewählten Mandatsträger/-innen ein grundlegendes Angebot zum Umgang mit asylbezogenen Fragen in der Kommune nahe zu legen. Einige dieser Fragen waren: Warum fliehen Menschen? Welche Möglichkeiten der kommunalen Solidarität gibt es mit Asylsuchenden und Geduldeten? Was können linke lokalpolitisch aktive Menschen, Bündnisse und Initiativen für Teilhabe und gegen Diskriminierung tun? Wie kann eine Willkommenskultur entwickelt werden?

Mit diesem Angebot soll interessierten Teilnehmenden der Einstieg in einen Teil der kommunalen Migrationspolitik im Rat, Kreistag oder auch in Bündnissen und Initiativen erleichtert werden. «Best-practice-Beispiele» aus anderen Kommunen sollen ausgetauscht, Kontakte zwischen bundesweiten Initiativen vermittelt sowie lokale Handlungsoptionen gemeinsam entwickelt werden. Des Weiteren sollten im gemeinsamen Prozess die Grundlagen des Asylrechts angeeignet werden: Warum dauerte es so viele Jahrzehnte, bis die Bundesrepublik Migration – das, was in den Kommunen Alltag und Realität war – anzuerkennen? Unter welchen Bedingungen wurde im Jahr 1993 das Recht auf Asyl de facto abgeschafft? Asyl als Prozess – was bedeutet das konkret? Internationale Abkommen und Umgang mit der jüngsten europäischen Geschichte – welche Auswirkungen haben internationale Konventionen auf Abschiebehindernisse? Wie sieht die aktuelle Situation der Geflüchteten aus? Und wie könnten linke Forderungen auf europäischer, bundes- und landesweiter sowie kommunaler Ebene aussehen?

Die gemeinsame Entwicklung von Strategien gegen rechte und neonazistische Hetze ist ebenso ein zentraler Bestandteil des Seminars. Insbesondere wenn neue Unterkünfte entstehen, versuchen organisierte Neonazis und Rechtspopulist/-innen, rassistische Hetze zu schüren und gegen den Bezug mobilzumachen. Damit rassistische Vorurteile nicht die Debatte bestimmen, muss umfassend informiert werden und eine Einbeziehung aller Akteure vor Ort massiv gefördert werden. Wie es gelingen kann, solche Prozesse gemeinsam und rassismussfrei zu gestalten, kann am konkreten Beispiel diskutiert werden, weil dies von den jeweiligen lokalen Faktoren und Beteiligten abhängt.

Vor dem Hintergrund der eigenen politischen Erfahrungen vor Ort und der lokalen Gegebenheiten werden daher auch innovative Möglichkeiten der Vernetzung vorgestellt. Vertreter/-innen aus Verwaltung, Politik, Selbstorganisationen und Unterstützungskreisen tauschten sich aus und bieten ihre Ansprechbarkeit an. Konkrete Unterstützungsangebote können auch im Detail besprochen und über Koordinierungsmöglichkeiten beraten werden. Ziel ist es, Asylsuchende immer einzubeziehen und mit ihnen auf Augenhöhe gemeinsam kommunale Kämpfe anzugehen.

Zudem haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, den Fokus auf unterschiedliche Schwerpunktthemen zu richten. Je nach Interessenslage kann das Seminar flexibel gestaltet werden. In kleinen Gruppen können Teilnehmende ihnen naheliegende Themen vertieft bearbeiten. Die Seminarleitung stellt hierzu Arbeitsmaterialien zu kommunalpolitischen Themen, wie beispielsweise Unterbringung von Asylsuchenden oder die medizinische und psychosoziale Versorgung, zur Verfügung. Authentische Berichte von Betroffenen aus Aufnahmelagern und Abschiebungshaft sollen die zuvor erarbeiteten gesetzlichen Grundlagen des Asylrechts praxisorientiert reflektieren und vertiefend problematisieren, die in allen sozialen Fragen Asylsuchende von Nicht-Asylsuchenden stark benachteiligt. Alternativentwürfe zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Betroffenen auf kommunaler Ebene, wie etwa die Einführung einer Krankenversicherungschipkarte werden im Seminar vorgestellt und diskutiert.

Angesichts des Rückbaus der Aufnahmekapazitäten in den letzten Jahren – was aber nicht heißt, dass es nicht genügend freien Wohnraum in der Bundesrepublik gibt – stellt die steigende Zahl von Asylanträgen die Kommunen vor erheblichen Unterbringungsschwierigkeiten: Mindeststandards für Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte sind oft nicht der Rede wert oder werden nicht eingehalten. Aus politischer Sicht wird im Seminar diskutiert, wie eine menschenwürdige Unterbringung realisiert und in Einklang mit politischen Forderungen auf Landesebene im Hinblick auf die Kostenerstattung für die Kommunen gebracht werden kann. Auch zu bundesweiten Angelegenheiten wie zum Thema «Asylbewerberleistungsgesetz» haben Seminarteilnehmende die Möglichkeit, einen Blick in das aus dem Jahr 1993 verabschiedete Gesetzeswerk zu werfen, das erstmalig Ende 2014 geändert wurde – und nebenbei bemerkt in vielen Fragen bis in die Formulierungen hinein die gesetzliche Vorlage für die Hart-IV-Gesetze in Deutschland darstellte. Auch hier wird über Möglichkeiten eines menschenwürdigen Umgangs mit Asylsuchenden und Geduldeten diskutiert. So ist das Gutscheinen-, Chipkarten- und Sachleistungsprinzip kritisch zu hinterfragen. Eine auf Humanität zielende Kommunalpolitik könnte sich für die Auszahlung von Bargeld einsetzen. Nicht nur weil es billiger umsetzbar ist, sondern auch weil dieses Verfahren für die Asylsuchenden einfacher und vor allem frei von Stigmatisierung ist. Weitere Forderungen wie die Aufhebung und Abschaffung des AsylbLG und die politische Selbstverständlichkeit Asylsuchende zumindest ins SGB II einzugliedern, werden auch diskutiert.

Zuletzt kann sich mit den europäischen Regelungen befasst werden. Das im Jahr 2013 neu beschlossene EU-Asylpaket gibt Informationen über internationale Übereinkünfte, die Aufnahmerichtlinien, die Zuständigkeiten der jeweiligen Länder und die Aufnahmeverfahren. Zentrale Themen dabei sind u.a. die Abschottung der EU, das fragwürdige Verteilungssystem der Fluchtsuchenden innerhalb der europäischen Staaten und ihre Zuständigkeiten (Dublin III) sowie die unterschiedlichen Standards im Asyl- und Aufnahmesystem. Die Schaffung menschenwürdiger und solidarischer Asylpolitik bleibt eine der wichtigsten Forderungen. Ein weiteres Anliegen des Seminarangebots bilden Diskussionen um die Frage nach einer geregelten Organisation von Migration, den Auswirkungen der Flucht wie Tod, Trauma, Inhaftierung und weitere repressive Folgen, die es zukünftig zu verhindern gilt. Die Schaffung legaler Fluchtwege, die freie Wahl des Einwanderungslandes, die auf europäischer Ebene bspws. durch einen finanziellen Ausgleich ermöglicht werden kann, sowie weitere Änderungen von Dublin III könnten erste Schritte in Richtung einer menschenwürdigen Asylpolitik sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Auseinandersetzung mit Flucht auf vielen Ebenen stattfinden muss. Es reicht nicht, «Essenspakete» abzulehnen, und gleichzeitig das Asylbewerberleistungsgesetz in Ordnung zu finden. Oder Dublin III zu kritisieren und die Länder des europäischen Südens bei der Bewältigung der Problematik allein zu lassen. Die Herausforderung lautet, Flucht nicht als isoliertes Problem wahrzunehmen. Flucht muss multiperspektivistisch erfasst und begriffen werden, weil viele damit zusammenhängende Aspekte eng verwoben sind und auf allen Ebenen thematisiert werden müssen: auf kommunaler, bundesweiter und europäischer Ebene. Das bedeutet nochmal, Flucht als ein Querschnittsthema zu begreifen.

Die Devise lautet «Refugees Welcome!»

Durch politische Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika in den letzten Jahren geraten die Themen Flucht und Asyl immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Selten werden Fluchtgründe thematisiert, warum Menschen sich auf jahrelange Fluchtodysseen einlassen, um Kriegen, Hungersnöten und andere Katastrophen zu entgehen. Nur die allerwenigsten schaffen es bis nach Europa: 80% der Schutzsuchenden sind Binnenflüchtlinge. Danach kommt Flucht in die Nachbarländer und erst am Ende Flucht in weiter entfernte Länder (Pro Asyl). Umso zynischer, dass das Europäische Asylsystem als Instrument für einen «Raum für Schutz und Solidarität» erklärt wird, während gleichzeitig an den Außengrenzen Tausende Flüchtlinge von der EU-Grenzschutzagentur Frontex abgewiesen oder ermordet werden. Nicht zuletzt auch von europäischen Staaten wie Ungarn, die Zäune bauen und Grenzübergänge sogar mit Freiheitsstrafe belohnen. Trotz der hohen Hürde und existenziellen Hindernisse, Europa zu erreichen, werden keine Zäune, keine Mauer oder Grenzschließungen helfen, Flucht zu verhindern. Dieses Jahr werden bis zu 800.000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik erwartet. Da in den letzten Jahren die Bundesländer ihre Unterbringungskapazitäten konsequent abgebaut hatten (im Jahr 1993 wurde das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft), müssen vor diesem Hintergrund schnell Sammelunterkünfte entstehen, die meist trotzdem nicht ausreichend sind. Auch in den gesetzlich vorgeschriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen sieht es ähnlich aus. Die Wohn- und Lebensbedingungen sind in den meisten Fällen unzumutbar – möglichst viele Menschen auf engstem Raum und ewig lange Wartezeiten auf die Erstgespräche. Das ist der erste Eindruck, mit dem Schutzsuchende in Deutschland konfrontiert werden. Hinzu kommen zwei weitere Grundprobleme: Zum einen ermöglichen die Rechtslage und zuständigen staatlichen Institutionen kein einfaches Leben – insbesondere nicht für traumatisierte Flüchtlinge –, und zum anderen gehören rassistische und neonazistische Bedrohungen zum Alltag. Die NPD, rechtspopulistische und rassistische Bürger-Initiativen und organisierte Neonazis machten mobil gegen Unterkünfte von Asylsuchenden – die Folge: zahlreiche Brandanschläge auf bestehende und geplante Einrichtungen. Allein im ersten halben Jahr 2015 wurden über 202 Brandanschläge erfasst.

Alternativen sind denkbar und notwendig: In vielen Orten bildeten sich schnell Initiativen und Bündnisse aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Konzepte für eine Willkommenskultur entwickelten und umsetzten. Neuankommende konnten unterstützt und in die Arbeit einbezogen werden. Diese Erfahrungen müssen weitergegeben werden, sei es die «Checkliste», wie eine Informationsveranstaltung in der Nachbarschaft organisiert werden kann, oder die «How-to-Do-Liste» in Bezug auf Vernetzungsstrategien und gemeinschaftliches Engagement um Angekommenen eine respektvolle Begrüßung zu ermöglichen. Tandempartnerschaften, gemeinsame Ess- und Kochkurse, die Unterstützung bei Behördengängen, Übersetzung oder Beratung jeglicher Art sind erste Schritte, die sensibles Vorgehen und Verständnis für die Situation der Asylsuchenden voraussetzen. Wichtig dabei ist es, mit den Betroffenen auf Augenhöhe umzugehen und sie nicht in die Isolation und Passivität zu drängen. Das bedeutet, sich auf ihre Bedürfnisse einzustellen, sich mit ihnen gemeinsam über Freizeitaktivitäten zu beraten, ihre Überlegungen in die Konzeption von Unterstützungsangeboten einzubeziehen usw. Das fordert aber auch, sich permanent mit Rassismus – als System von Vorurteilen, Ressentiments und ausschließenden Praktiken auf allen Ebenen – auseinanderzusetzen, das eigene Verhalten immer zu reflektieren und wahrzunehmen, sich in einem kontinuierlichen Lernprozess zu befinden: Denn durch den dialogischen Prozess in vielen Begegnungen können Möglichkeiten einer kritischen Weiterentwicklung entstehen, verbessert und vertieft werden. In den Seminaren gab es regelmäßig großes Interesse am Austausch der Teilnehmenden über ihre Zugänge, Motivationen und Möglichkeiten Geflüchtete menschenwürdig und respektvoll zu begegnen. Auch hier wurde sich über die jeweilige Situation beratschlagt, Erfahrungen weitergegeben und aber auch neue Impulse vorgestellt.

Fazit

Das Seminar will in die Problematik einführen und sowohl inhaltliche wie methodische Zugänge zu prinzipiellen Aspekten von Willkommenskultur diskutieren als auch grundlegende und einführende politische Rezeptionen zu den Themen Flucht und Asyl vorstellen. Die Verwendung des Begriffs «Willkommenskultur» ist angesichts oft diskutierter utilitaristischer Forderungen im hegemonialen Diskurs über Migration, dem Geflüchtete nur dann willkommen sind, wenn sie den gesellschaftlichen Wohlstand, der in Händen Weniger konzentriert liegt, mehren, kritisch zu hinterfragen. Deshalb soll im Rahmen dieses Seminars die Möglichkeit zu einer Auseinandersetzung mit dem Begriff «Willkommenskultur» im Kontext eines kritischen Erinnerns an deutsche Migrationsgeschichte stattfinden. Auf diese Weise können sich die Teilnehmende für diskriminierende und Ausschluss produzierende Implikationen von «Willkommenskultur» sensibilisieren. Auch die Tatsache über den positiv konnotierten Begriff «Willkommenskultur» zu sprechen,

als wäre dies ein progressiver Prozess, kann als irreführend empfunden werden. Es muss uns klar sein, dass wir Selbstverständliches leisten und nichts anderes tun als den Status Quo «herzustellen», das was den Fluchtsuchenden per Gesetz garantiert ist, zu ermöglichen.

Potentiale zur Weiterentwicklung des Seminars sollen hierbei im Dialog mit den Teilnehmer/-innen identifiziert werden. Zuerst hat es den politischen Charakter eines Theorie-Praxis-Bezugs. Es arbeitet mit bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten, welche die Geschichte der bundesdeutschen Migrations- und Asylpolitik zusammenführen. Gleichzeitig orientiert es sich an Erfahrungsschätze aus der Praxis. Zudem zeigt sich das Konzept als sehr kompatibel zu den Erwartungen, die Teilnehmende mitbringen. Es lässt viel Raum für flexible thematische Verschiebungen und ergänzt in den meisten Fällen, das eingebrachte Wissen und die vielfältigen bereits gemachten Erfahrungen. Außerdem orientiert es sich an den Fragen der Teilnehmenden. Als verbesserungswürdig erscheint uns das Zeitmanagement im Seminarablauf hinsichtlich der abzuhandelnden Themenfülle, was bei prozess- und teilnehmerorientierter Arbeit nicht immer hinreichend Berücksichtigung findet. Auch die Tatsache, dass es nicht überall Selbstorganisationen in der Flüchtlingssolidarität vor Ort gibt, erschwert den Part der Vernetzung, da nach unserer Einschätzung eine Willkommenskultur immer mit den Beteiligten gemeinsam organisiert werden kann. Des Weiteren bietet das Format «Tagesseminar» nur wenig Möglichkeit einer Wissensvertiefung. Da aber der Zeitaspekt für viele ehrenamtlich Engagierte und auch Politiker/-innen ein Problem darstellt, sollte das Seminar als eine Einstiegsmöglichkeit verstanden werden, um mehr zu erfahren, bestimmte Interessen zu wecken und diesbezüglich kommunalpolitische «Softskills» mitzunehmen. Eine Vertiefung in die Thematik kann als Fortsetzungsseminar anvisiert werden, wenn von den Teilnehmenden erwünscht. An dieser Stelle muss noch gesagt werden, dass dieses Seminarangebot oft von unterschiedlichen politischen Akteuren aufgesucht wurde: Nicht nur linkspolitisch Aktive waren daran beteiligt. Auch Mitglieder der Grünen, SPD sowie Freien Wähler waren sehr oft anwesend, was zeigt, dass eine Leerstelle besteht. Zur Vertiefung sich daraus ableitender Fragestellungen kann die Rosa Luxemburg Stiftung aufbauende Bildungsangebote unterbreiten.

Die Wahl des Veranstaltungsortes sollte nicht zufällig getroffen werden: vertraute Räumlichkeiten und Orte sind – insbesondere bei so einem Thema - immer wichtig mitzudenken. Häufig haben wir die Erfahrung gemacht, dass nicht nur zwischen den Teilnehmenden Erfahrungsaustausch stattfindet, sondern auch zwischen den Veranstaltenden Diskussionen angeregt worden sind, die eine weitere Zusammenarbeit und Auseinandersetzung angeregt haben. Das macht sichtbar, wie stark das politische Interesse aktuell ist, und unterstreicht auch die politische Relevanz: Flucht und «Refugee Strikes» sind eine der politischen Fragen der Zeit schlechthin und müssen auch mit dieser Brisanz behandelt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunalakademie, Landesstiftungen, Kommunalpolitischen Foren und Nicht-Regierungs-Organisationen wurde forciert – die Kontakte blieben bei Landesstiftungen. So besteht die Möglichkeit einer zukünftigen kontinuierlichen Zusammenarbeit. Zu guter Letzt möchten wir deswegen auch betonen, dass wir im Rahmen dieser Seminare auch persönlich viel mitgenommen haben: viele Eindrücke, viele Erfahrungen und viel Wissen! Danke dafür!

Inva Kuhn ist Dipl.-Politologin und tätig in der historisch-politischen Bildungsarbeit, Berlin

Koray Yilmaz-Günay ist Referent für Migration in der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin

Herausgegeben vom Regionalbüro der Rosa Luxemburg Stiftung in Rheinland-Pfalz